

In den USA wird die Wahrheit meist der Karriere geopfert, und auch unter Obama werden die USA nicht zum Rechtsstaat, sagt der US-Publizist Paul Craig Roberts.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 026/09 – 29.01.09**

In Amerika ist das Aussprechen der Wahrheit ein Ereignis, das die Karriere beendet

Von Paul Craig Roberts

INFORMATION CLEARINGHOUSE, 26.01.09

(<http://www.informationclearinghouse.info/article21847.htm>)

"Die Beweise liegen auf dem Tisch. Die Tatsache, dass es Folter war, lässt sich nicht leugnen."

Das sind die Worte Manfred Nowaks, des UN-Sonderberichterstatters für Folter, der im Auftrag der Commission on Human Rights (der Menschenrechtskommission) Fälle von Folter zu prüfen hatte (s. <http://harpers.org/archive/2009/01/hbc-90004250>). Nowak vertrat (in der ZDF-Sendung Frontal 21 am 20.01.09) die Auffassung, dass Präsident Obama deshalb aus rechtlichen Gründen verpflichtet ist, den vorherigen Präsidenten George W. Bush und den ehemaligen Verteidigungsminister Donald Rumsfeld anzuklagen (s. <http://www.zdf.de/ZDFmediathek/content/674630?inPopup=true>).

Wenn Präsident Obamas Wirtschaftsteam aus Bankstern (Banker werden, weil ihre Verhalten dem von "Gangstern" ähnelt, zu "Bankstern"!) auch noch die Überbleibsel der US-Ökonomie ruiniert hat, könnte der neue Präsident, um die Öffentlichkeit von eigenen Versäumnissen und Amerikas wachsenden Problemen abzulenken, seine Verantwortung wahrnehmen und Bush und Rumsfeld anklagen. Zunächst wäre aber die interessante Frage zu beantworten, warum das US-Militär illegale Befehle befolgt hat?

In der CounterPunch-Druckausgabe vom Dezember 2008 gibt Alexander Cockburn in seinem Bericht über ein unrühmliches Kapitel aus der Geschichte der Harvard Law School (der Juristischen Fakultät der Harvard University) die Antwort (s. auch <http://www.counter-punch.org/cockburn01092009.html>). Die Brüder Jonathan und David Lubell, beide Jura-Studenten in Harvard, waren gegen den Korea-Krieg politisch aktiv. Da sie das in der (durch heftigen Antikommunismus geprägten) McCarthy-Ära waren (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/McCarthy-%C3%84ra>), wurden sie zur Anhörung vorgeladen. Sie weigerten sich zu erscheinen, weil die Anhörung nach ihrer Rechtsauffassung gegen den ersten Zusatzartikel zur Verfassung verstieß (der die Meinungs- und Versammlungsfreiheit garantiert).

Die Harvard Law School begann Druck auf die beiden Studenten auszuüben, um sie zur Zusammenarbeit mit dem Kongress zu zwingen. Die anderen Studenten ächteten sie, und aus dem Druck des Dekans und der Fakultät wurden Drohungen. Obwohl die Lubells mit "magna cum laude" (der zweitbesten Bewertung) promovierten, durften sie nicht in der Harvard Law Review (der führenden rechtswissenschaftlichen Zeitschrift der USA) veröffentlichen. Ihre Stipendien wurden gestrichen, und eine Mehrheit der Juristischen Fakultät Harvards stimmte für ihren Ausschluss, den nur eine Zwei-Drittel-Mehrheit hätte durchsetzen können.

Warum hat die Harvard Law School zwei aufrechte Studenten, die sich nur für die Einhaltung der US-Verfassung eingesetzt haben, so rechtswidrig behandelt? Cockburn meint, die Juristische Fakultät Harvards habe Verfassungsgrundsätze missachtet, weil ihre Mitglieder ihr persönliches Fortkommen nicht gefährden und die Regierung und ihre Gönner nicht verärgern wollten.

Solche Zeugnisse persönlicher Feigheit erleben wir täglich. Erst kürzlich gab es den Fall des jüdischen Wissenschaftlers und Israel-Kritikers Norman Finkelstein (der das Buch "Die Holocaust-Industrie" veröffentlicht hat und) dessen Lehrauftrag von dem feigen Präsidenten der DePaul University gekündigt wurde, von einem Mann, der es nicht wagte, seine Fakultät gegen die Israel-Lobby zu verteidigen; die hat jetzt durchgesetzt, dass auch an einer katholischen Universität kein Israel-Kritiker lehren darf.

Die gleichen selbstsüchtigen Erwägungen lassen amerikanische Journalisten zu Marktschreibern und Propagandisten der Regierungen Israels und der USA werden und veranlassen den US-Kongress, israelische Kriegsverbrechen gutzuheißen, die alle Welt verurteilt.

Als US-Offiziere erkannten, dass die Folter-Politik von ganz oben angeordnet wurde, wussten sie, dass ein rechtmäßiges Verhalten (und das Verweigern dieser Praktiken) ihrer Karriere schaden würde. Deshalb schwammen sie mit dem Strom. Nur Major General (Generalmajor) Antonio Taguba tat das nicht. Er deckte den Folter-Skandal im Gefängnis Abu Ghraib auf und verfasste einen ehrlichen Bericht, der seine Karriere beendete.

Obwohl Informanten rechtlichen Schutz genießen, müssen immer die Informanten und nie die Übeltäter büßen. Als bekannt wurde, dass unter dem Bush-Regime Kapitalverbrechen gegen US-Gesetze begangen wurden, weil die NSA (die National Security Agency = Nationale Sicherheitsbehörde, der US-Abhörgeheimdienst) amerikanische Bürger ausspionierte, suchte das Justizministerium (!) nur nach dem Informanten. Gegen die (bekannt gewordenen) Verbrechen wurde nichts unternommen.

Bush und sein Justizministerium (!) behaupteten trotzdem, "nach rechtsstaatlichen Grundsätzen" zu handeln.

Das Bush-Regime war ein gesetzloses Regime. Deshalb ist es für die Obama-Regierung schwierig, gesetzestreu zu sein. Ein Verfahren gegen Folterer würde natürlich in ein Verfahren gegen Kriegsverbrecher münden. Generalmajor Taguba stellte fest, das Bush-Regime habe auch Kriegsverbrechen begangen. Auch Präsident Obama wurde schon am dritten Tag seiner Amtszeit zum Kriegsverbrecher, als er illegale, grenzüberschreitende Angriffe mit ferngesteuerten Drohnen anordnete, die in Pakistan 20 Menschen, darunter drei Kinder, das Leben kosteten. Auch das Bombardieren und das Beschießen von Häusern und Dörfern in Afghanistan durch die US-Streitkräfte und ihre NATO-Marionetten sind Kriegsverbrechen. Obama kann das Recht nicht durchsetzen, weil er es selbst schon gebrochen hat.

Seit Jahrzehnten stützt die US-Regierung Israels Position, dass seine territoriale Ausdehnung nicht gegen das Völkerrecht verstoße. Die US-Regierung ist Komplize bei Israels Kriegsverbrechen im Libanon, in Gaza und auf der West Bank.

Die ganze Welt weiß, dass Israel schwerer Kriegsverbrechen schuldig ist, und dass die US-Regierung diese Verbrechen durch Waffenlieferungen und diplomatische Unterstützung erst ermöglicht hat. Was Israel und die USA im Libanon und in Gaza angerichtet haben, unterscheidet sich nicht von den Verbrechen, für die Nazis in Nürnberg verurteilt wur-

den. Weil Israel das weiß, lässt die israelische Regierung ihren Justizminister (!) Daniel Friedman bereits die Verteidigung vorbereiten. Richard Falk, der UN-Beauftragte für Kriegsverbrechen, hat das israelische Massaker an den Bewohnern Gazas mit dem Aus Hungern und der Ermordung der Juden im Warschauer Ghetto durch die Nazis verglichen. Amnesty International und das Rote Kreuz haben gefordert, Israel für seine Kriegsverbrechen zur Verantwortung zu ziehen. Sogar acht israelische Menschenrechts-Gruppen haben eine Untersuchung der Kriegsverbrechen Israels verlangt.

Obamas Anordnung, Guantánamo zu schließen, hat wenig Bedeutung. Eigentlich ist es nur ein Propaganda-Coup. Die dort anhängigen Militärgerichtsverfahren wurden schon von US-Gerichten gestoppt oder durch Militär-Staatsanwälte lahm gelegt, die sich weigerten, in konstruierten Fällen Anklage zu erheben. Die meisten der Gefangenen waren unglückliche Individuen, die von afghanischen Warlords eingefangen und an dumme Amerikaner als "Terroristen" verkauft wurden. Viele der Gefangenen, von denen das Bush-Regime behauptete, es seien "die gefährlichsten Burschen der Welt", wurden auch schon entlassen.

Obamas Anordnung sagt nichts über die Schließung der geheimen CIA-Gefängnisse und über die Beendigung der illegalen Praxis der "Renditions" (Verschleppungen) aus, mit der die CIA Menschen kidnappt, in Dritte-Welt-Länder wie Ägypten entführt und dort foltern lässt.

Obama müsste Risiken eingehen, wie sie opportunistische Politiker nie eingehen, wenn er die USA aus einem Staat, der spezielle Interessen immer außerhalb des Rechts durchsetzt, in einen Rechtsstaat verwandeln wollte.

Die Wahrheit darf in Amerika nicht mehr ausgesprochen werden, weder in den Universitäten, noch in den Medien. Sie wird auch in Gerichten nicht mehr ausgesprochen, weshalb Angeklagte und ihre Verteidiger auch nicht mehr darauf bestehen und Polizisten immer Vergehen angeben, die geringfügiger als die tatsächlich begangenen sind.

Auch die Regierung sagt nie die Wahrheit. Jonathan Turley (ein Professor für Verfassungsrecht) hat es kürzlich so formuliert: "Washington liegt da, wo die Prinzipien sterben."

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Anmerkungen in Klammern versehen. Das Verschweigen der Wahrheit aus Feigheit und Rücksicht auf die eigene Karriere kommt auch in Politiker- und Journalistenkreisen der Bundesrepublik immer häufiger vor. Als Ergänzung zu den sehr bitteren Ausführungen des renommierten US-Publizisten Paul Craig Roberts empfehlen wir den Artikel "Obamas Anordnungen lassen Folter und unbegrenzte Inhaftierung intakt" von Tom Eley, der in deutscher Übersetzung unter [http://www-wsws.org/de/2009/jan2009/obam-j24.shtml](http://www.wsws.org/de/2009/jan2009/obam-j24.shtml) zu finden ist.)



In America, Speaking the Truth Is a Career-ending Event

By Paul Craig Roberts

January 26, 2009 "Information Clearinghouse" -- "The evidence is sitting on the table. There is no avoiding the fact that this was torture."

These are the words of Manfred Nowak, the UN official appointed by the Commission on

Human Rights to examine cases of torture. Nowak has concluded that President Obama is legally obligated to prosecute former President George W. Bush and former Defense Secretary Donald Rumsfeld.

If President Obama's bankster economic team finishes off what remains of the US economy, Obama, to deflect the public's attention from his own failures and Americans' growing hardships, might fulfill his responsibility to prosecute Bush and Rumsfeld. But for now the interesting question is why did the US military succumb to illegal orders?

In the December 2008 issue of CounterPunch, Alexander Cockburn, in his report on an inglorious chapter in the history of the Harvard Law School, provides the answer. Two brothers, Jonathan and David Lubell, both Harvard law students, were politically active against the Korean War. It was the McCarthy era, and the brothers were subpoenaed. They refused to cooperate on the grounds that the subpoena was a violation of the First Amendment.

Harvard Law School immediately began pressuring the students to cooperate with Congress. The other students ostracized them. Pressures from the Dean and faculty turned into threats. Although the Lubells graduated magna cum laude, they were kept off the Harvard Law Review. Their scholarships were terminated. A majority of the Harvard Law faculty voted for their expulsion (expulsion required a two-thirds vote).

Why did Harvard Law School betray two honor students who stood up for the US Constitution? Cockburn concludes that the Harvard law faculty sacrificed constitutional principle in order not to jeopardize their own self-advancement by displeasing the government (and no doubt donors).

We see such acts of personal cowardice every day. Recently we had the case of Jewish scholar and Israel critic Norman Finkelstein, whose tenure was blocked by the cowardly president of DePaul University, a man afraid to stand up for his own faculty against the Israel Lobby, which successfully imposed on a Catholic university the principle that no critic of Israel can gain academic tenure.

The same calculation of self-interest causes American journalists to serve as shills for Israeli and US government propaganda and the US Congress to endorse Israeli war crimes that the rest of the world condemns.

When US military officers saw that torture was a policy coming down from the top, they knew that doing the right thing would cost them their careers. They trimmed their sails. One who did not was Major General Antonio Taguba. Instead of covering up the Abu Ghraib prison torture scandal, General Taguba wrote an honest report that terminated his career.

Despite legislation that protects whistleblowers, it is always the whistleblower, not the wrongdoer, who suffers. When it finally became public that the Bush regime was committing felonies under US law by using the NSA to spy on Americans, the Justice (sic) Department went after the whistleblower. Nothing was done about the felonies.

Yet Bush and the Justice (sic) Department continued to assert that "we are a nation of law."

The Bush regime was a lawless regime. This makes it difficult for the Obama regime to be a lawful one. A torture inquiry would lead naturally into a war crimes inquiry. General Ta-

guba said that the Bush regime committed war crimes. President Obama was a war criminal by his third day in office when he ordered illegal cross-border drone attacks on Pakistan that murdered 20 people, including 3 children. The bombing and strafing of homes and villages in Afghanistan by US forces and America's NATO puppets are also war crimes. Obama cannot enforce the law, because he himself has already violated it.

For decades the US government has taken the position that Israel's territorial expansion is not constrained by any international law. The US government is complicit in Israel's war crimes in Lebanon, Gaza and the West Bank.

The entire world knows that Israel is guilty of war crimes and that the US government made the crimes possible by providing the weapons and diplomatic support. What Israel and the US did in Lebanon and Gaza is no different from crimes for which Nazis were tried at Nuremberg. Israel understands this, and the Israeli government is currently preparing its defense, which will be led by Israeli Justice (sic) Minister Daniel Friedman. UN war crimes official Richard Falk has compared Israel's massacre of Gazans to the Nazi starvation and massacre of Jews in the Warsaw Ghetto. Amnesty International and the Red Cross have demanded Israel be held accountable for war crimes. Even eight Israeli human rights groups have called for an investigation into Israel's war crimes.

Obama's order to close Guantanamo Prison means very little. Essentially, Obama's order is a public relations event. The tribunal process had already been shut down by US courts and by military lawyers, who refused to prosecute the fabricated cases. The vast majority of the prisoners were hapless individuals captured by Afghan warlords and sold for money to the stupid Americans as "terrorists." Most of the prisoners, people the Bush regime told us were "the most dangerous people alive," have already been released.

Obama's order said nothing about closing the CIA's secret prisons or halting the illegal practice of rendition in which the CIA kidnaps people and sends them to third world countries, such as Egypt, to be tortured.

Obama would have to take risks that opportunistic politicians never take in order for the US to become a nation of law instead of a nation in which the agendas of special interests override the law.

Truth cannot be spoken in America. It cannot be spoken in universities. It cannot be spoken in the media. It cannot be spoken in courts, which is why defendants and defense attorneys have given up on trials and cop pleas to lesser offenses that never occurred.

Truth is never spoken by government. As Jonathan Turley said recently, Washington "is where principles go to die."

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern